

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Adressierte: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Februar 1928 bei 10gl. wöchentlichem Auslieferung mit Haus 1.50 Mk. Halbbesondere für Monat Februar 2 Mark ohne Postumschlaggebühren.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die erste Spalte zu 30 Spaltenbreite 15 Vgl. für spätere 4 Vgl. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Vgl. außerhalb 25 Vgl. Die 90 mm breite Reklametafel 200 Vgl. außerhalb 30 Vgl. Übertragungsgebühr 20 Vgl. Kuum. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38 42

Druck u. Verlag von Viehwitz & Reichardt in Dresden
Börsenstraße 106 B Dresden

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. „Dresdner Nachr.“ wärfte Unerwartete Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunststapelpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen i. L. Martin-Bautzen i. L. Seminarstr. 2

Konditorei Schmorl
Wilsdruffer Straße 20 / Amalienstr. 8-10
Schmorls Butter-Pfannkuchen!

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13
Fernsprecher 11252 Nähe Postplatz.
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gas-Herde Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile.

Neue Vertagung der Schulgesetz-Entscheidung

Maßnahmen gegen die Landflucht. — Asquith †. — Pläne zur Aufteilung Oesterreichs.

Morgen Weiterberatung des interfraktionellen Ausschusses.

Berlin, 13. Febr. Am Montag nachmittag um 4 Uhr trat der interfraktionelle Ausschuss zu seiner mit Spannung erwarteten Sitzung zusammen, um die entscheidenden Beratungen über das Schulgesetz und damit über die gesamte politische Lage vorzunehmen. An der Sitzung nahmen, wie wir erlähren, auch Reichsanwalt Herrat, Innenminister Reubell und Staatssekretär Pänder teil. In parlamentarischen Kreisen wird nicht angenommen, daß schon heute eine Entscheidung in der einen oder anderen Richtung fällt. Es werden vielmehr noch die einzelnen Fraktionen Stellung nehmen müssen. Deshalb werden auch noch Besprechungen mit dem Reichspräsidenten notwendig sein. — Die Besprechungen dauerten bis kurz vor 1 Uhr. Sie erstreckten sich auf den gesamten Umfang der kritischen Fragen und konnten daher noch nicht zu Ende geführt werden. Sie werden, wie wir hören, am Dienstag vormittag um 10 Uhr wieder aufgenommen werden.

Innerhalb der Beteiligten wurde über die Ergebnisse, welche über die besprochenen Themen und Einzelfragen, strengstes Stillschweigen bewahrt. Lediglich ein Kommuniqué wurde dem amtlichen Wolff-Büro übergeben, das die Vertagung ankündigt.

Austausch der Forderungen zum Abwägen gegeneinander.

Berlin, 13. Februar. Der Ausgang der interfraktionellen Besprechung kann kaum bewertet werden, daß die Entscheidung zunächst erneut auf die nächsten Tage verschoben worden ist. Die Besprechungen sollen sich nur auf rein schulgesetzliche Fragen, ohne die politische Seite der parlamentarischen Lage zu berühren, bezogen haben. Ueber den weiteren Verlauf verläuft, daß die Parteien in der heutigen Besprechung vereinbart haben, daß sie ihre Forderungen zu den verschiedenen Paragrafen des Schulgesetzes, bei denen sie nicht zufriedengestellt sind, austauschen, damit die Forderungen dann gegeneinander abgewogen werden. Dieser Austausch dürfte voraussichtlich noch heute abend erfolgen, so daß sich die morgen vormittag 10 Uhr beginnende Sitzung des interfraktionellen Ausschusses bereits mit dieser Liste der unerfüllten Wünsche beschäftigen kann.

Wie wir jedoch hören, dürfte die Aussprache sich vielmehr fast ausschließlich um den § 20 des Reichsschulgesetzes gedreht haben. Reubells Kompromißvorschlag, dem belästigten offenbar hier und da bei den sich gegenüberstehenden Meinungen eine gewisse Vereinfachung sich zeigte, löste allerdings sofort wieder eine ganze Fülle von verfassungswidrigen Bedenken aus. Die anmeldeuden Fachreferenten konnten sich nicht darüber klar werden, ob der Reubellsche Vorschlag verfassungswidrig tragbar sei oder nicht. So spielten schließlich die heutigen interfraktionellen Verhandlungen in einem mehr oder minder juristischen Disput über die verfassungswidrige Zulässigkeit des Kompromißvorschlages.

Asquith †.

London, 13. Febr. Der liberale Politiker Lord Oxford (Asquith) ist heute eines sanften Todes gestorben.

Mit Asquith ist wieder einer der führenden Staatsmänner des Krieges dahingegangen. Aus der Juristenlaufbahn hervorgegangen, war er als hervorragendes Mitglied der Liberalen Partei schon früh in hohen Staatsämtern verwendet worden, so als Innenminister und als Schatzkanzler. In der Vorkriegszeit war er bekannt geworden als der politische Gegenspieler Joe Chamberlains, des Vaters des letzten Außenministers. Seit 1908 führte Asquith als Premierminister die englische Regierung, und in dieser Eigenschaft sein Land — allerdings aktiv weniger beteiligt als der Außenminister, Sir E. Grey — in den großen Kriegen. Seine politische Führung in den ersten Kriegsjahren schloß jedoch den Knoten-Politikern zu schwach, und es erlag er dem vorwärtsdrängenden Partei-Freunde Lord George, der ein Kriegskabinet zusammenstellte und dem Kriegswillen des Landes neue Impulse einzuflößen vermochte. In Anerkennung seiner Verdienste zum Lord Oxford ernannt, zog sich Asquith aus politischer Anteilnahme zurück, hatte aber noch während seiner letzten Lebensjahre schwere innerparteiliche Kämpfe mit Lord George durchgemacht, in denen er wieder dem feurigen Balliser unterlag. Sollte seine ruhigere, mehr zum Frieden geneigte Auffassung den Sieg davontragen, so wäre es wohl möglich gewesen, daß der Arzte einige Jahre früher ein für alle befristetes Völker weniger schreckliches Ende gefunden hätte. Asquith hat ein Alter von 78 Jahren erreicht.

Schulz und Genossen begnadigt.

Berlin, 13. Febr. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist durch Beschluß des preussischen Staatsministeriums vom 13. Februar d. J. die wegen Ermordung des Kaufmanns Wilms rechtskräftig anerkannte Todesstrafe für die Verurteilten Fuhrmann, Klapproth und Schulz in lebenslängliches Zuchthaus, für den Verurteilten Umhofer in eine Zuchthausstrafe von fünfzehn Jahren umgewandelt worden.

Zimmerlin wird man nicht leugnen können, daß trotz aller juristischer Spitzfindigkeit die Situation hoffnungslos erscheint. Man kann sich des Verdachtes nicht erwehren, daß es den Kontrahenten weniger auf ein sachliches Kompromiß in der Schulfrage als auf die parteipolitische Perspektive ankam: Wie schieden wir bei der kommenden Regierungskrise der anderen Partei die Schuld in die Tasche zu werfen?

In diesem Zusammenhang ist daran hinzuweisen, daß sich insbesondere der Reichsernährungsminister Schiele entschieden gegen eine Krisenentscheidung stellt. Denn draußen im Lande spricht sich die Lage zu und Deutschlands Landvolk erwartet, daß nicht Krisen gemacht werden, sondern daß endlich etwas zu seiner Hilfe unternommen wird. So ist die Krise, wenn man noch Plauderationschändelungskrieg, Rentnerverorgungsfrage, Strafrechtsreform (die besonders für die Entwicklung der Anschlussfrage wichtig ist) dazu nimmt, ein durchaus zweischneidiges Schwert, und Reichspräsident von Hindenburg, dem offenbar diesmal die Parteien nicht recht gehorchen wollen, wird sich vielleicht entscheiden müssen, noch einmal sein Wort in die Waagschale zu werfen.

Berlin, 13. Febr. Nach dem Abschluß der Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses traten die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen Volkspartei und des Zentrums zu Fraktionsberatungen zusammen. Die Deutschnationalen nahmen den informativsten Bericht des Abgeordneten Grafen Westarp über die interfraktionellen Besprechungen entgegen und knüpften daran eine Aussprache. Die Deutsche Volkspartei ist zu einer Fraktionsberatung auf Dienstag nachmittag eingeladen.

Wie verläuft, ist man bei den Deutschnationalen der Ansicht, daß eine sachliche Einigung in der Schulfrage sehr wohl möglich wäre, wenn nicht taktisch-politische Momente dem entgegenstünden. In Zentrumskreisen sieht man die weiteren Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuss als wenig aussichtsreich an. Hier ist man der Meinung, daß die wichtigen parlamentarischen Arbeiten, wie namentlich der Etat und der Nachtragsetat mit der Landwirtschaftshilfe, noch vor einer Auflösung des Reichstages erledigt werden müßten. Man rechnet damit, daß diese Arbeiten in beschleunigtem Tempo in etwa vier Wochen erledigt sein könnten, so daß Ende März mit der Auflösung des Reichstages zu rechnen sei und die Neuwahlen etwa Anfang Mai stattfinden könnten.

Der deutsche Schrift gegen den Cavell-Film.

Vorstellungen in Brüssel.

Brüssel, 13. Febr. Entsprechend dem Schritte des deutschen Botschafters in London hat in der letzten Woche auch der deutsche Botschafter in Brüssel, Herr von Keller, beim belgischen Außenministerium vorgeschlagen, um die Bedenken der deutschen Regierung gegen eine Aufführung des englischen Cavell-Films zum Ausdruck zu bringen. Der Gesandte hat bei diesem Schritt die Besorgnis der deutschen Regierung zum Ausdruck gebracht, daß die Aufführung eines solchen Films der Entspannungspolitik, die im Laufe der letzten Jahre so erfreuliche Fortschritte gemacht habe, abträglich sein müsse.

Wie gemeldet, hat darauf der Minister des Neuheren Gymnasiums geantwortet, daß auch er eine Verurteilung der Geister für wünschenswert halte, aber die belgische Regierung keine Möglichkeit hätte, aus politischen Gründen die Aufführung des Films zu verhindern. Nur die gemeinsamen Kräfte könnten einschreiten, wenn die öffentliche Ordnung dadurch gefährdet werde. — Wie die belgische Regierung, so hat es auch die englische für wünschenswert gehalten, daß der Cavell-Film nicht aufgeführt wird. Aber keines der beiden Kabinetts unternimmt ernstlich etwas, um diesen Wunsch in die Tat umzusetzen. Beide Regierungen verziehen sich hinter Gescheßbestimmungen, die sie ohne Zweifel nicht so respektieren würden, wenn es sich um Dinge handelte, die für sie wichtiger sein würden als das bishigen Geze gegen die ehemalige deutsche Kriegführung.

Englands Anneziionsbestrebungen auf Deutsch-Ostafrika.

Das System unserer Außenpolitik ist trotz der Wandlung vom Kaiserreich zur Republik das gleiche geblieben. Vor und im Krieg hat unser außenpolitisches Handeln hauptsächlich im geduldigen und gläubigen Zuwarten bestanden. Auch heute ist es noch nicht anders. Wir warten und harren von Tag zu Tag darauf, daß der Vocarno-Baum Früchte trägt. Und solange die Außenpolitik den Parteien nur dazu dient, ihre innerpolitischen Zwecke zu fördern, so lange ist an ein anderes Handeln nicht zu denken und so lange wird Deutschland Objekt der Politik fremder Mächte bleiben. Auch zurzeit schaltet der innerpolitische Zustand des Reiches durch die trotz des dringenden Appells Hindenburgs an das staatspolitische Verantwortungsgefühl der Parteien immer noch nicht begelegte Schulkrise jegliche außenpolitische Aktivität aus. Und dennoch hätte das erst kürzlich im Londoner Parlament stattgefundene Frage- und Antwortspiel über das Schicksal der ehemaligen deutschen Kolonie Ostafrika die größte Aufmerksamkeit des Reichstages erfordern sollen, um so mehr, als schon seit Jahrzehnten das englische Oberhaus als Barometer für die weltpolitische Lage gilt. Und es zeigt nichts anderes an, als daß Großbritannien sich auf den Weg gemacht hat, Deutsch-Ostafrika zu annektieren. Natürlich ist im Oberhaus diese Angelegenheit in diplomatischen, vorsichtigen, dem „Weltgewissen“ angenehmeren Worten zur Sprache gekommen. Lord Parmoor gebrauchte nicht das Wort Annexion, sondern stellte die Anfrage, ob in Tanganyika (dem Hauptteil des ehemaligen Deutsch-Ostafrika) die Regierung „eine Politik der Angliederung“ verfolgen? Die Antwort des Regierungsveterans vertreters beschäftigte voll und ganz die warnenden Nachfragen deutscher kolonialer Kreise, die schon seit langem auf diese Absichten Londons aufmerksam gemacht hatten, aber in der weiten Öffentlichkeit und wohl auch im Außenamt unbeachtet geblieben waren. Es ist bereits eine englische Kommission unter Sir Hilton Young in Tanganyika tätig, um die Frage „der Delimitation der ostafrikanischen Gebiete“ zu untersuchen. Sollte Young den Abschluß des Mandatsgebietes für möglich halten — führte der Regierungsveteran aus — so könnte er in der „Annahme dieser Aneupsehlung nichts Angehörliches“ sehen. Da England sich in Afrika mit dem gewaltigen Plan des Baues einer Bahnlinie von Kairo nach Kapstadt trägt, die natürlich nur über englischen Boden führen soll, so liegt der Hauptgrund zur „Angliederung“ Deutsch-Ostafrikas nicht fern. Ganz abgesehen von dem wirtschaftlichen Gewinn, den London ebenfalls aus der richtigen Entwicklung der ostafrikanischen Gebiete ziehen kann und den ein Weißbuch über die Young-Kommission in hellsten Farben gemalt hat, um der englischen öffentlichen Meinung die Sache recht zur Augenweide zu machen.

Das Versailleser Gewaltdiktat zwang bekanntlich Deutschland auch zu einem Verzicht auf seine Kolonien. Diesem Haube mußte natürlich ein moralisches Wäntelchen umgelegt werden, um ihn vor der Weltmeinung zu rechtfertigen. Die Weltkriegsflieger errichteten aus dem hergehobenen Material der Pressebeiträge gegen unsere kolonialistische Tätigkeit den Bau der kolonialen Schuld-lüge. „Deutschlands Verlangen auf dem Gebiete der kolonialen Zivilisation“, die Verwendung der Kolonien als „Ausgangspunkte für Handelswege“, die „aufsammen Unterdrückungen“ der Eingeborenen und ähnliche Lügen mehr machten es den Alliierten unmöglich, Deutschland die Kolonien zurückzugeben“. Nun war bereits bei den Pariser Verhandlungen über die Friedensbedingungen für Deutschland Englands Streben darauf gerichtet, die besetzten deutschen Kolonien zu annektieren. An Wilsons Einspruch scheiterten jedoch diese Pläne, denn er hätte diese Aneignung von Kriegsbeute der Öffentlichkeit seines Landes nicht mündgerecht machen können, weil sie allzusehr mit seinen patriotischen Worten vom Völkerrecht in Gegensatz gestanden haben würden. Es gelang ihm hinsichtlich der deutschen Kolonien das sogenannte Mandatsystem durchzusetzen. An Stelle der Inbesitznahme durch Annektion trat die Verwaltung zu treuen Händen. Die Mandatsrechte wurden dann in den Völkerbundsabmachungen genau formuliert. Die Verwaltung wurde als Vormundchaft über die eingeborenen Völker festgelegt. Der Mandatar ist für das Wohlergehen und die Entwicklung der Eingeborenen dem Völkerbunde gegenüber verantwortlich. Also Klipp und klar be-